

## KOMMENTAR:

### Zum Panchayat-Gesetz

In Indien ist in den letzten Jahrzehnten eine zunehmende Entfremdung zwischen der Bevölkerung und den politischen Mandatsträgern feststellbar. Bei Parlamentswahlen umfaßt ein Wahlkreis durchschnittlich 1,6 Millionen Menschen, von denen etwa die Hälfte wahlberechtigt sind. Bei den Wahlen zu den Parlamenten der Bundesstaaten umfaßt ein Wahlkreis etwa 350.000 Wahlberechtigte. Um den Bürgern das Gefühl einer größeren Nähe zu ihren politischen Führern zu geben - so drückte es Rajiv Gandhi Anfang Mai dieses Jahres aus -, soll der föderativen Struktur des Landes ein drittes tragendes Element hinzugefügt werden.

Neben den gesetzgebenden Körperschaften auf nationaler und bundesstaatlicher Ebene soll nun auch eine entscheidungsbefugte Instanz auf Gemeindeebene gewählt werden. Die Gemeinderäte wählen dann turnusmäßig die Distriktversammlungen. Die Gemeinderatswahlen sollen in Abständen von jeweils fünf Jahren stattfinden. Diese auf unterster lokaler Ebene tätigen Entscheidungsinstanzen sind dann befugt, Steuern zu erheben und Entwicklungsmaßnahmen innerhalb ihres Gemeindegebietes zu koordinieren. Die Zentralregierung wird in diesem Zusammenhang Gelder zur Verfügung stellen. In den Gemeinden tätige Beamte sind Gemeinderäten Rechenschaft schuldig. Nur indirekt haben sie ihre Entscheidungen vor der Zentralregierung zu verantworten.

Mit dieser neuen Gesetzgebung wird ein Schlußstrich unter die bislang gültige, absurde Praxis gezogen, Entwicklungsgelder der Zentralregierung über die Bundesstaaten an die Gemeinden zu verteilen. Im Rahmen dieser umständlichen, indirekten Mittelvergabe haben die Gelder so viele Stationen im bürokratischen Apparat der Landesregierungen zu passieren, daß im Endeffekt in vielen Fällen kaum etwas davon in den Gemeinden ankommt.

Spötter glauben, daß Rajiv Gandhis neue Initiative nur dazu bestimmt sei, bei der Landbevölkerung auf Stimmenfang zu gehen. Nach einem über die vier Jahre seiner Regierungszeit hinweg verfolgten Zickzack-Kurs mag ihm nun deutlich geworden sein, daß er sein 'Yuppie-Image' nicht hat abstreifen können. Zu viele Inder, besonders breite Massen der Landbevölkerung, sehen in seiner Regierungspolitik die eindeutige Ausrichtung auf die Entwicklung der Städte. Die Operation 'Panchayati Raj' eröffnet Rajiv Gandhi jetzt die letzte aber auch beste Chance, das Ansehen seiner Regierung in diesem Punkt grundsätzlich zu verändern und die Massen, vor allen Dingen seine ländliche Wählerschaft, vor den Ende des Jahres anstehenden Parlamentswahlen für sich zu mobilisieren. Es scheint,

als wolle der junge Regierungschef mit einer Handbewegung das große Heer der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten, die Stammesbevölkerung, die Unberührbaren, Harijans, die Frauen und alle anderen benachteiligten Bevölkerungsgruppen in den ländlichen Gebieten Indiens auf sich und seine Partei einschwören. Die plötzliche Kehrtwendung im 'Congress-I' und das neue Verantwortungsbewußtsein des Regierungschefs für seine ländliche Wählerschaft, spiegeln sich in vielen seiner Reden der letzten Wochen und Monate wider.

Mit dem 64. Nachtragsgesetz, das die regierende 'Congress-I'-Partei im Eiltempo vom Parlament verabschieden lassen wird, werden bestimmte Befugnisse, unter anderem das Recht, selbst Steuergelder zu kassieren und diese ohne die Genehmigung des jeweiligen Bundesstaates auch wieder auszugeben, an die Gemeinderäte übertragen. Ein Vorteil für die Zentralregierung in Neu Delhi ist, daß sie durch das neue Gesetz auch die Kontrolle über die von ihr zur Verfügung gestellten Gelder für ländliche Entwicklungsprogramme erhält. Das sind jährlich umgerechnet immerhin gute 2,5 Milliarden DM. Bisher mußten diese Gelder den Weg durch die bürokratischen Mühlen der Regierungsapparate der Bundesstaaten machen. Effekt war, daß nicht immer alles da ankam, wo es eigentlich hin sollte.

Politisch gesehen ist dieser 'Panchayati-Raj-Coup' so etwas wie eine taktische Meisterleistung der Regierung unter Rajiv Gandhi. Die Opposition wird es angesichts dieser Initiative kaum wagen, als großer Kritiker der Regierungspolitik aufzutreten. Die Opposition steckt in einem Dilemma, und diese für sie problematische Situation wurde im Vorfeld eines kürzlich von Rajiv Gandhi einberufenen Treffens der Regierungschefs aller Bundesstaaten in Neu Delhi besonders deutlich. Dabei hatten die 'Chiefminister' der nicht durch den 'Congress-I' regierten Bundesstaaten vor dem Treffen ihre Nichtteilnahme angekündigt und diese damit gerechtfertigt, die Regierung in Delhi versuche mit diesem Gesetz die Kompetenz der Bundesstaaten zu unterminieren. Doch erkannten sie schnell, daß die Regierung einen Boykott leicht zu ihrem Vorteil nutzen könnte. Folglich nahmen bis auf zwei alle 'Chiefminister' an der Konferenz teil. Während des Treffens wurden die Wortführer der Opposition erneut in die Defensive gedrängt. Regierungsvertreter legten ein Dokument vor, das noch unter der Regierung der 'Janata-Partei' ausgearbeitet worden war und in weiten Passagen mit dem jetzigen Gesetzesentwurf übereinstimmt. Die Tatsache, daß viele der derzeitigen Oppositionsführer selber an der Formulierung des Entwurfs beteiligt waren, erschwert nun ihre Lage zusätzlich.

Ashwin Raman